



7
AB

NEOS, ÖVP
—
—

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Abgeordneten Dr. Wolfgang ULM, DI Elisabeth OLISCHAR und Sabine SCHWARZ, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 22.11.2018 zu Post 5 der Tagesordnung

betreffend leistbares Wohnen – Nachverdichtung im Gemeindebau

Bisher bildeten überwiegend Stadtentwicklungsprojekte auf der grünen den Schwerpunkt der baulichen Entwicklung. Die Rahmenbedingungen haben sich seit den 90er Jahren allerdings stark verändert. Seit über 15 Jahren weist die Stadt ein durchgehendes Bevölkerungswachstum auf. Mit über 20.000 Menschen jährlich ist Wien in den vergangenen sechs Jahren doch sehr deutlich auf rund 1,89 Mio. Einwohner gewachsen. Es wird deshalb in einer für europäische Verhältnisse dynamisch wachsenden Stadt wie Wien zunehmend schwieriger, den für leistbaren Wohnbau notwendigen Bedarf an Bauland zu decken. Wo und in welcher Form kann der erforderliche Wohnraum für eine wachsende Stadt geschaffen werden? Diese Frage wird zur Schlüsselfrage städtischer Entwicklung.

Laut einer aktuellen Studie der Arbeiterkammer könnte man mitten in Wien sozialen Wohnraum in der Größe der Stadt Graz errichten. Und das, ganz ohne neue Grünflächen im Wiener Stadtgrenzgebiet kaufen oder in teure, neue Infrastruktur investieren zu müssen. Denn möglich wäre die Erhöhung der Zahl der Gemeindewohnungen auch schon jetzt durch Ausbau, Aufstockung und Nachverdichtung der bereits bestehenden Gebäude. Wie die Wohnrechtsexperten erklären, würden allein die gesamten Objekte von „Wiener Wohnen“ Platz für 130.000 neue Gemeindewohnungen bieten.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag spricht sich für eine zeitnahe und engagierte Inangriffnahme von Maßnahmen der Nachverdichtung bei den Wiener Gemeindebauten aus, um auf diese Weise weiteren Wohnraum für die Wienerinnen und Wiener zu schaffen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

Wien, 22.11.2018

Ulrich
Olischar
Schwarz
Ulrich